



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 13. bis 19. Februar 1911)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 13. bis 19. Februar 1911)

Politik

Herrn v. Bethmanns Regierungskunst — Die elsäß-lothringische Verfassungsfrage in der Saßgasse — Nationalliberale und Deutschkonservative — Aus der Gedankenwelt der Nation — Niedergang der konservativen Parteien — Adolf Grabowskys Kulturkonservatismus — Kaiser und Kanzler im Landwirtschaftsrat.

Die Regierungskunst des fünften Reichskanzlers hat wieder eine Reihe von Mißerfolgen zu verzeichnen. Das ist so etwa die unerfreuliche Signatur der abgelaufenen vierzehn Tage. Am 14. d. Mts. zerschneidet Herr v. Heydebrand rücksichtslos das Tisch Tuch zwischen Konservativen und Liberalen, und am 16. sah sich der Staatssekretär des Innern, Herr Dr. Delbrück, genötigt, den Regierungsentwurf für eine neue Verfassung in den Reichslanden aus der 21. Kommission des Reichstages zurückzuziehen. Vom Gerichtsverfassungsgesetz wollen wir ebenso wenig sprechen wie von dem Entwurf über Arbeitskammern; beide Entwürfe befinden sich auf dem toten Strange. Wer sich nicht von vorn herein darüber Rechenschaft gegeben hat, der wird wohl nun zur Überzeugung kommen, daß sich die Formel des Herrn Reichskanzlers, die Parteien durch Arbeit zusammenzuführen, als unwirksam erwiesen hat. Ist es ein Wunder? Ist sie auf nichtbureaucratische Organismen, wie es gewählte Volksvertretungen nun einmal sind, überhaupt anzuwenden und noch dazu einem vor der Auflösung stehenden Reichstage gegenüber? So sehr die Formel den Menschen und Beamten, der sie aufstellt, ehrt, so sehr muß sie den Staatsmann, dessen Aufgaben nicht in erster Linie im „Erziehen“, sondern im „Ausnutzen“ bestehen, verkleinern. Es läßt sich denken, daß der Chef einer verlotterten Behörde seine Beamten zur Pflicht „erziehen“ kann, indem er sie vor große und schwierige, ihren Ehrgeiz weckende Aufgaben stellt, unerreichbar oder doch kaum erreichbar aber erscheint das Ziel einer Volksvertretung gegenüber, die so viele Einzelinteressen nationaler, wirtschaftlicher, sozialer und partikulärer Art zu vertreten hat, wie die deutsche und in der jeder einzelne Abgeordnete unzähligen Einflüssen und Ansprüchen unterworfen ist. Hier kämpfen nicht nur drei Weltanschauungen gegeneinander an, die der Reichskanzler dem Staatswohl nutzbar zu machen hat. Die Landwirtschaft ist in Grundbesitzer und Bauern gespalten; die übrigen Gewerbe ringen in schweren Kämpfen nach einer einigenden Parole; die Liberalen suchen eine Schutzwehr gegen die triumphierende Demokratie zu errichten; die Mehrheit der Konservativen aber hält sich je länger um so mehr von der politischen Betätigung zurück, um der durch den Bund der Landwirte aufgefogenen deutschkonservativen Partei nicht in den Rücken fallen zu müssen. Zu allem diesem Durcheinander von Sonderbestrebungen tritt dann noch hemmend für die guten Absichten des Kanzlers die Nähe der Neuwahlen. Das Scheitern der Reichsfinanzreform — die Reform, d. h. die beabsichtigte großzügige, gründliche Reform, ist gescheitert, trotz allen gegenteiligen Behauptungen von rechts und trotz allen Beschönigungsversuchen

durch die Offiziösen — hat die Mehrheitsparteien des Reichstags von 1907 ihrer gemeinsamen Aufgabe beraubt. Infolgedessen mußte mit logischer Notwendigkeit das eintreten, was eingetreten ist. Aus den Trümmern der Finanzreform mußte jede Partei das für sich zusammensuchen, dessen sie bedurfte, um den Wahlkampf in Ehren bestehen zu können. Denn wir haben nun einmal organisierte Parteien und ein durchaus demokratisches Wahlrecht. Das aus den vorhandenen Verhältnissen sich ergebende „Muß“ scheint der Leiter der Reichspolitik nicht genügend schwer bewertet zu haben, scheint aber auch seitens der Mittelparteien, seitens der Freikonservativen und Nationalliberalen anfänglich nicht ernst genug genommen worden zu sein. Andernfalls mußten die Mittelparteien ihre Organisationen anders verwerten, als wie es geschehen. Welche aufopfernde und selbstlose Arbeit ist gerade von dieser Seite im Landtage geleistet worden! Wie unermüdlich sind Männer wie v. Dewitz, Friedberg, Schiffer und noch mancher andere seit Beginn der preussischen Wahlrechtsverhandlungen bis eben jetzt zum 14. Februar bemüht gewesen, einen *modus vivendi*, eine Basis für gemeinsames Arbeiten mit denen um Heydebrand zu finden und auszubauen! Alles umsonst! Die Ereignisse, anders: die im Dezember 1907 entfesselten Kräfte sind stärker gewesen als der gute Wille. Das Schwergewicht der Politik ist aus den Parlamenten hinaus verlegt ins Land, in die Bezirksorganisationen der Parteien, in die Vorstandssitzungen der wirtschaftlichen Verbände. Draußen im Lande bereitet sich das Schicksal der Parteien und damit auch die Zukunft der deutschen inneren Politik vor, nicht liegt es in der Arbeit der Kommissionen oder in den Abstimmungen des Plenums, nicht in den Stuben der Regierungsgebäude. Darum folgt auch das Land nicht mehr den Weisungen der Fraktionen, sondern umgekehrt: die Fraktionen müssen, ob sie wollen oder nicht, sich nach dem richten, was ihnen von draußen zugerufen wird. Das ist das vorläufige Ergebnis der Politik des Herrn v. Bethmann.

Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, ob diese bedauerliche Demokratisierung unseres gesamten politischen Lebens unterblieben wäre, wenn z. B. der Reichstag schon im Sommer 1909 heimgeschickt worden wäre oder wenn die Regierung energischer, als es geschehen, in die Arbeiten des Reichstages und preussischen Landtages eingegriffen hätte. Nur in einem Punkte scheint uns hier ein Hinweis erforderlich: die elsass-lothringische Verfassungsangelegenheit mußte zweifellos einen anderen Verlauf nehmen, wenn der Herr Reichskanzler von vornherein bestimmter dasjenige als ein *noli me tangere* bezeichnet hätte, was er festhalten wollte. Von unserem Standpunkt aus könnten wir mit dem vorläufigen Verlauf der Angelegenheit nur zufrieden sein, denn nun ist noch in letzter Stunde und gerade im Hinblick auf die zutage getretenen auseinanderstrebenden Neigungen der Möglichkeit wieder Raum gegeben, Freunde einer Einverleibung der Reichslande in Preußen zu sammeln. Es sind keine preussischen Chauvinisten, die die „Verpreußung“ fordern. Es sind vielfach, sogar in der Mehrzahl Männer, die den preussischen König nicht ihren Landesherren

nennen, ja, östlich der Elbe steht man der Frage durchaus teilnahmslos gegenüber. — — — Doch der Preis, um den wir heute triumphieren, ist doch recht hoch. Er heißt Ansehen der Regierung. Was kann denn von der Regierungsautorität übrig bleiben, wenn es deren Leiter auch nicht auf einem Gebiet gelingt, seine Absichten in die Tat umzusetzen! Sein Fiasko in der elsass-lothringischen Verfassungsfrage verdankt Herr v. Bethmann dem von ihm so umworbenen Zentrum, nicht auch, wie nun agrarische Blätter verbreiten, den Nationalliberalen. „Die einzige Partei,“ schreibt die Kölnische Volkszeitung (Nr. 144), „welche grundsätzlich der Forderung widersprach, das Reichsland zu einem selbständigen Bundesstaat zu erheben, war die nationalliberale, während die Konservativen grundsätzlich mit der Verleihung der Autonomie sich einverstanden erklärten, aber dafür einen späteren Zeitpunkt wünschten.“ Wie kann ein Reichskanzler sich das Vertrauen der Nation erringen — und dessen bedarf er —, wenn er die vorhandenen politischen Faktoren immer und überall falsch einschätzt. Zur Sache selbst ist folgendes zu berichten: Paragraph 1 sowie Paragraph 2 Absatz 1 des Gesetzesentwurfs hatten in der Kommission die Fassung erhalten: „Elsass-Lothringen bildet einen selbständigen Bundesstaat des Deutschen Reichs. Im Bundesrat wird Elsass-Lothringen durch drei Stimmen vertreten“, und: „An der Spitze des Bundesstaats steht ein Statthalter, der auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers auf Lebenszeit ernannt wird und nur durch Bundesratsbeschluß abberufen werden kann.“ Damit war der in der Vorlage der verbündeten Regierungen enthaltene Satz: „die Staatsgewalt in Elsass-Lothringen übt der Kaiser aus“ in Fortfall gebracht und das in der Vorlage vorgeschlagene Recht des Kaisers auf Ernennung und Abberufung des Statthalters durch entsprechende Befugnisse des Bundesrats beschränkt. „Der Kernpunkt des Paragraph 1 des Kommissionsbeschlusses“, so schreibt die Germania (Nr. 40, 2. Bl.) „liegt in der Gewährung von drei Bundesratsstimmen an Elsass-Lothringen. Mit ihr steht in untrennbarem Zusammenhange die Frage der Instruktion dieser Stimmen zu den einzelnen Vorlagen im Bundesrate. Soll die Instruktion dieser Stimmen von Straßburg aus . . . erfolgen, so muß der Statthalter unabhängig gestellt sein, und dazu gehört, daß er nicht willkürlich abberufen werden kann.“ Die schweren Gefahren einer solchen Möglichkeit sind unseren Lesern aus den ausführlichen Darstellungen von Klemens (s. Nr. 26 von 1910 und Nr. 5 d. J.) bekannt.

Auch der am 16. d. M. plötzlich eingetretene Bruch zwischen Nationalliberalen und Konservativen dürfte nicht dazu beitragen, die Autorität des Reichskanzlers im Lande zu stärken. Der Überfall des Herrn v. Heydebrand auf die Nationalliberalen war nicht nur eine Überraschung für die betroffene Partei, sondern auch eine solche für die Regierung. An eine Versöhnung, wie sie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vor dem Beginn der Wahlen noch für möglich hält, vermögen wir zu unserem größten Bedauern nicht zu glauben. Vor dem Sieg eines der streitenden Teile scheint uns der Friede ausgeschlossen.

Die nächsten Folgen des parteiamtlich vollzogenen Bruches werden wohl in einer weiteren Verschärfung des Wahlkampfes hüben und drüben zum Ausdruck kommen. Bisher, da man noch mit der Möglichkeit einer Aussöhnung rechnen konnte, galt es den derzeitigen Gegner zu schonen. Nun, da der Kampf aufs Messer angesagt ist, müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß von beiden Seiten die stärksten Register gezogen werden, um den Gegner niederzuwerfen. Ein eckles Schauspiel der Selbstzerfleischung. — Wir wollen hier nicht den Erörterungen der Presse folgen, die darauf hinzielen, den einzelnen Parteien das Horoskop zu stellen. Denn es handelt sich hier letzten Endes nicht um den Kampf zwischen zwei politischen Parteien, sondern um den Kampf des Egoismus einer kleinen, doch einflußreichen Wirtschaftsgruppe gegen die Träger des nationalen Staatsprinzips. Nicht kämpfen „Konservative“ gegen „Liberale“, wie es den Anschein hat, es kämpft vielmehr agrarischer Feudalismus gegen das nationale Bürgertum. Die beiden in Frage kommenden Parteien stellen eigentlich nur die Flaggen dar, unter denen sich der Kampf mangels anderer Organisationen vollzieht. Das sollten die Konservativen, die nicht Großgrundbesitzer sind oder deren wirtschaftliche Existenz nicht auf dem Großgrundbesitz beruht, während der gegenwärtigen politischen Kämpfe im Auge behalten. Siegt das durch den Bund der Landwirte getragene Klassenprinzip bei den bevorstehenden Wahlkämpfen, so würde nicht die konservative Weltanschauung triumphieren, sondern die demokratische, und in unserem gesamten politischen Leben bereitete sich eine Revolution vor, deren Ausgang gegenwärtig noch nicht zu übersehen ist. So viel läßt sich indessen schon heute in Aussicht stellen: geht der Bund der Landwirte aus dem Kampfe als Sieger hervor, dann werden alle die wirtschaftlichen Organisationen, die heute noch politische Anlehnung an die Konservativen und Nationalliberalen suchen, gezwungen sein, sich politisch auf den Boden der Demokratie zu stellen, wenn sie — und das gilt in erster Linie von der sich rapide vergrößernden Schicht der verschiedenen Beamtenkategorien — nicht zwischen den wirtschaftlichen Interessen des landwirtschaftlichen und industriellen Großkapitals von der einen Seite und denen des Arbeiterproletariats zermalmt werden wollen. Kommen wir aber erst dahin, dann mögen die Anhänger einer konservativen Weltanschauung zusehen, wie viele von ihren Idealen im nationalen und politischen Leben noch Geltung behalten werden. Einem solchen Zusammenbruch gilt es vorzubeugen. Denn, wenn auch der Liberalismus der Träger des Fortschritts ist, — ein Staat, der sich nicht mehr auf das konservative Kulturelement stützen könnte, gliche einem Luftschiff, das ohne Ballast in die Lüfte stiege, es wäre verloren.

Mit dieser Erkenntnis aber verlassen wir den Boden der reinen Tagespolitik und geraten in die private, der öffentlichen Kontrolle entzogene Gedankenwelt der Nation. Die Begriffe konservativ und liberal, wie sie als Parteibezeichnungen bei uns gelten, decken sich nicht mit den Lebensanschauungen der einzelnen Parteiangehörigen. Der überwiegende Teil des deutschen Volks

ist nach seiner Weltanschauung als konservativ anzusprechen, wenn wir Gottgläubigkeit und Mißtrauen gegen alles Neue als die Grundlagen konservativer Gesinnung anerkennen. Diese Eigenschaften finden wir, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht nur bei den Führern der liberalen Parteien, sondern auch bei den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern. Der Austritt zahlreicher Industriearbeiter evangelischer Konfession aus der Landeskirche spricht nicht gegen unsere Auffassung, weil für diesen Entschluß fast immer wirtschaftliche oder politische Gründe maßgebend sind. Und wenn es den Führern der konservativen Parteien nicht gelungen ist, die tatsächlich vorhandene konservative Gesinnung für ihre Ideale vom Staat nutzbar zu machen, so ist das ein Zeichen dafür, daß diese Ideale sich von der gesunden Grundlage entfernt haben und daß die Darbietungen der konservativen Politik nicht im richtigen Verhältnis zu dem Kulturbedürfnis der Volksmehrheit stehen. Recht zum Bewußtsein ist mir die Richtigkeit dieses Gedankenganges gekommen, als ich zwei Aufsätze im Tag (Nr. 19 und 31) gelesen hatte: „Kulturkonservatismus“ ist der eine und „Konservative Weltanschauung und konservative Partei“ der andere betitelt. Beide haben einen Mann zum Verfasser, der sich mit vollem Bewußtsein als „Konservativer“ fühlt und der obendrein als Herausgeber der Zeitschrift für Politik zum Hüter einer wissenschaftlichen politischen Forscherarbeit geworden ist: Dr. Adolf Grabowsky. Der Autor stimmt mit mir überein, wenn er sagt: „Im Privatleben, also jenseits der Parteisphäre, gibt es keinen Konservativen, der nicht liberale und keinen Liberalen, der nicht konservative Elemente enthielte“, und weiter, „Das Negative sind die Pöbelinstinkte, die unser ganzes Leben, unser ganzes reiches Schaffen tiefer und tiefer in den flebrigen Sumpf blödesten Gleichmacherei zu ziehen drohen. Das Positive ist der deutsche, vor allem der preussische Staatsgedanke, der den Ausgleich aller gegeneinander wirkenden Strebungen zum Vorteil des Ganzen in sich schließt, und der diesen Ausgleich von den Führenden, den Wegweisenden erwartet. Hiermit ist bereits bewiesen, daß die konservative Weltanschauung heute unter allen Gebildeten und Einsichtigen sieghaft um sich greift. Der Fortschritt liegt heute in der konservativen Weltanschauung, die Gebildeten werden wie durch Schicksalszwang zu ihr getrieben. . . . Man müßte also annehmen, daß die konservative Partei unerhört wächst, daß unsere Besten in ihre Organisationen in stürmischen Mengen strömen. Und doch sieht man nichts hiervon, ja im Gegenteil, die konservative Partei steht im Augenblick allein, ganz isoliert, ganz verlassen, abgeschnitten von dem Strom der Entwicklung.“

In seiner Erklärung dieser Tatsache verfährt Grabowsky indessen einseitig, wenn er die Feindschaft der Konservativen gegen Industrie und Handel als Ursache in den Vordergrund schiebt. Gewiß ist diese Ursache als äußerliches Moment und im engen Zusammenhange mit der agrarischen Herkunft des preussischen Staates höchst bedeutsam, aber daneben und darunter schlummert die wichtigere und schwerwiegendere, die Grabowsky zwar im Sinn hat, die er aber nicht genügend hervorhebt.

„Der Konservative“, schreibt Grabowsky u. a., „scheut bei uns in philiströser Engherzigkeit vor neuen geistigen Regungen zurück und sucht sein Heil lieber in Traktätchen und Familienblattpoesie. So wird Konservatismus bei uns identisch mit Krähwinkelerei, . . . noch nie war der offizielle Konservatismus in Deutschland so weit von dem Anschluß an die Gebildeten entfernt wie heute. Der Gebildete sehnt sich danach, sich konservativ nennen zu dürfen, aber das Wort bleibt ihm im Munde stecken, wenn er sich die konservative Partei ansieht. So läuft er zu den Liberalen, die, so kläglich verworren auch ihre Ansichten sind, . . . doch immer Wert darauf legen, den Zusammenhang mit allem Ringenden in Kunst und Wissenschaft zu bewahren.“ Da liegt's! und wo die Konservativen am meisten gesündigt haben, das ist auf allen den Gebieten, wo wissenschaftliche Forschung und Gottesglauben miteinander in Berührung kommen, auf dem Gebiete der Philosophie, und seit Haeckel sich der Darwinschen Theorie bemächtigte, auch auf dem der Naturwissenschaften. Während die Demokraten alle Ergebnisse der Wissenschaft Jahrzehnte hindurch für ihre besonderen Parteizwecke popularisierten, habe die konservative Presse über alle wichtigen Fragen den Mantel gebreitet, damit ja keine Infektion vorkäme. Die Unterstützung der Tätigkeit des Reppelbundes hat besonders anfangs auf die Gebildeten weniger überzeugend als abstoßend gewirkt. Die notwendige Folge solcher Politik ist der geradezu trostlose Zustand der konservativen Presse. Wenn wir vom politischen Teil der Tageszeitungen absehen, bleibt z. B. von der Kreuzzeitung gar nichts und von der für ihren Leserkreis geschickt hergerichteten Deutschen Tageszeitung nur sehr wenig übrig. Man halte dagegen das Berliner Tageblatt und gar die Frankfurter Zeitung. Welch eine Fülle von Leben und Problemen strömt da dem Leser aus dem nicht politischen Teil entgegen! — — — Grabowsky hofft, allein die Erkenntnis ihrer Fehler würde die konservativen Elemente veranlassen können, sich noch vor den Wahlen nach erneuerten Grundsätzen zusammenzufinden. Dieser Optimismus scheint uns zu weit zu gehen. Noch steht die Zollerhöhung auf Fleisch und Futtermittel im Vordergrund, noch glaubt Herr v. Heydebrand an den Sieg der Agrarier — im übrigen: après nous le déluge! Grabowskys Vorschläge dürften wohl nur als das Ergebnis einer Revolution von oben oder unten zur Verwirklichung kommen, nicht aber als das kühler Erwägungen. Immerhin ist das, was Grabowsky will, so beachtenswert, daß wir darauf in einer der nächsten Nummern noch einmal ausführlich zurückkommen wollen.

Neben den beiden behandelten Fragen drängte sich das Interesse an den Vorgängen im Landwirtschaftsrat während der abgelaufenen Woche in den Vordergrund. Von den Ausführungen Serings wegen seines Streits mit Ludwig Bernhard wollen wir später im Zusammenhange berichten, wenn die wirklichen Ursachen der unerquicklichen, das Ansehen der ersten deutschen Universität aufs schwerste schädigenden Angelegenheit feststehen. Für die Politik bedeutsam war die Rede, die der Herr Reichskanzler beim Festmahl des

Landwirtschaftsrats gehalten hat. Sie gipfelte in dem Zugeständnis, daß die Fleischversorgung der Nation auf eine sicherere Basis gestellt werden müsse, ließ aber nicht erkennen, welche Mittel die Regierung für geeignet hält, um das angegebene Ziel zu erreichen. Die Rede darf infolgedessen als eine Aufforderung an die politischen Parteien betrachtet werden, sich möglichst stark zu machen, da ja bei den derzeitigen Regierungsmaximen der Starke allein die Berücksichtigung seiner Interessen erwarten kann. Einen höchst sympathischen Eindruck hat jedem, der dem Ereignis bewohnte, das Auftreten des Kaisers hinterlassen. Seine Majestät entwickelte im Anschluß an einen Vortrag des Professors Tacke über Moorkulturen seine Erfahrungen auf diesem Gebiet in Rabinen. Die Ausführungen waren mit einer Sachkenntnis und Schlichtheit vorgetragen, daß man wirklich glauben konnte, einem preußischen Gutsbesitzer zuzuhören, und als gelegentlich der Kaiser seinem Humor die Zügel schießen ließ, da erschütterte den Raum eine solche unoffizielle Heiterkeit, wie sie sonst der gewöhnliche Sterbliche als Vortragender auch geerntet hätte. Auch der Kaiser ermahnte den Großgrundbesitz, seine Viehhaltung zu verbessern, und wies als Weg zum Ziele größere Intensivierung der Wirtschaft, freilich auch mit dem Hinweis auf die Kosten.

In der auswärtigen Politik zeigt sich am östlichen Horizont einiges Gewölk, das sich unter vernehmlichem Brummen des russischen Bären gegen den chinesischen Drachen zusammenzieht. Im Gegensatz hierzu macht England immer freundlichere Miene zur Entwicklung der kontinentalen Verhältnisse. Diese Dinge sollen im nächsten Reichs Spiegel eingehend beleuchtet werden.

Bücherliste

- Donnerberg**, Edit: Paradoria. Berlin, S. Schottländer's Schlesische Verlagsanstalt. M. 3.—
Weyer, W., Kapitänleutnant a. D.: Taschenbuch der Kriegsschiffen. XII. Jahrgang 1911. München, J. F. Lehmann. M. 5.—
Wölfling, P., Magistratsrat: Berliner Stadtrecht. Berlin, J. Guttentag. M. 5.—
Kalender der deutschen Vereine in Liv-, Est-, Kurland. 1911. 5. Jahrgang. Riga, Jond & Pollewsky. M. 1.—
v. Stach, Ilse: Die Sendlinge von Voghera. Roman. München, Jos. Köfische Buchhandlung. M. 5.—
Pinski, R.: Der höchste Standpunkt der Transzendentalphilosophie. Halle a. S., Hugo Peter. M. 2.—
Moseland und Westdeutsche Eisenindustrie, Vorträge. 1. und 2. Band. Leipzig, Duncker & Humblot. Je M. 4.—
Falke, Konrad: Raiaz als Hamlet. Ein Abend im Theater. Zürich, Rascher & Cie.
v. Spieken, W.: Tante Kläres Maritäten. Dülmen-W., A. Lammann'sche Buchhandlung. M. 3.—
Kraus, Dr. jur. Herbert: Reichsstrafrecht und Deutsche Schutzgebiete. Berlin, J. Guttentag. M. 1.25.
Stöckle, Dr. Remigius: Johann Michael Sailer, seine Maßregelung an der Akademie. Kempten, Jos. Köfische Buchhandlung. M. 4.40.
Neuwirth, Dr. Joseph: Illustrierte Kunstgeschichte. Berlin, Allgemeine Verlags-Gesellschaft. Rede Vieh. M. 1.—
Altfränkische Bilder. Jahrgang 1911. Würzburg, P. Störz, H. G. M. 1.—

- v. Sybel**, Heinrich: Der Ursprung des französischen Krieges. Aus d. v. Sybels „Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I.“. Hamburg 1910. Alfred Janssen. M. 1.50.
 Fritz Gansberg, der durch seine „Wissenschaftlichen Volksbücher“ der Schule und dem Ganzen die Schätze unserer wissenschaftlichen Literatur in einzelnen, für sich abgeschlossenen Bändchen zugänglich machen will, gibt mit diesem siebenten Bändlein seiner Sammlung allen denen, die keine Gelegenheit haben, das große Sybelsche Werk zu lesen, in übersichtlicher Form ein klares Bild der Ereignisse, die dem großen Ringen vor vierzig Jahren vorausgingen. Die im Original enthaltenen Fußnoten, sowie einige für das Verständnis des Ganzen unwesentliche und vom eigentlichen Thema ablenkende Absätze des Originals sind fortgelassen. C. W.
Wagner, Dr. Hermann: Der ländliche Hypothekredit in der Provinz Posen. Posen, Verlag des landwirtschaftlichen Centralblattes.
Leitner, Prof. Friedrich: Das Bankgeschäft und seine Technik. Frankfurt a. M., J. D. Sauerländer's Verlag. M. 9.50.
Salomon, Ludwig: Unter italienischem Himmel. Leipzig, Kenien-Verlag.
Conrad, Prof. Dr.: Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. I. Teil. Nationalökonomie. 7. Auflage. Jena, Gustav Fischer. M. 9.—
Kern-v. Hartmann, Bertha: Periods Werke. Tübingen, J. C. B. Mohr. M. 3.—
Nagaz, Leonhard: Du sollst. Grundzüge einer sittlichen Weltanschauung. Ohmannsied bei Weimar. Gerstung & Genossen.
Otto, Dr. Rose: Über Fabrikarbeit verheirateter Frauen. Stuttgart, J. G. Cotta. M. 6.50.
Jurrowsky, Dr. Leo: Der russische Getreideexport. Stuttgart, J. G. Cotta. M. 4.50.

Serz, Dr. Ludwig: Reichsfinanznot, Reichsfinanzreform, Reichspolitik. Berlin-Schöneberg, Buchverlag der „Hilfe“. M. 0.80.

Mehrens, Dr. Bernhard: Die Entstehung und Entwicklung der großen franz. Kreditinstitute. Stuttgart, J. G. Cotta. M. 8.—.

Raffaell in seiner Bedeutung als Architekt. 3. Bd. Leipzig, Gildersche Verlagsbuchhandlung.

Voigt, Dr. Ludwig: Luigi Fontana-Ruffos handelspolitische Theorien. Stuttgart, J. G. Cotta. M. 2.50.

Hübner, Dr., und von Steklberg, A.: Neuer Gesundheitswegweiser. Würzburg, F. S. Buder. M. 4.20.

von Schuch-Mankiewicz, Margarethe: Miniaturen. Leipzig, Kenien-Verlag.

Verantwortlicher Schriftleiter: George Cleinow in Berlin-Schöneberg. Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11. Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.

Anzeigen-Aufnahme für diesen Teil beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23.

Höchste Auszeichnungen.

Gegründet 1824.

C. PRÄCHTEL HOFMÖBELFABRIK

BERLIN SW.19, Krausen-Strasse 31-32

Wohnungs-Einrichtungen
Atelier für Innendekoration

Fernsprecher:

Amt I, 1035, 2619.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

- 332. Hauslehrer, f. 2 Knaben, 1. 4., Sachsen.
- 333. Philol. od. Theol., f. 2 Knaben, Ostern, Mark.
- 334. Hauslehrer, ev., f. 3 Knaben (vorm. frei), Schleien.
- 335. Hauslehrer, ev., f. Knabenpensionat, Ostern, Schleien.
- 336. Theologe, f. 11jähr. Knaben, Ostern, Sachsen.
- 334. Bürgermeister (4000 M.), 1. 4., Rheinprovinz.
- 355. Rektor f. Realgymn., 1. 4., Ostpr.
- 356. Philol. od. Theol., f. 3 Kinder, Ostern, Brandenburg.
- 362. Bürgermeister (6000 M.), bald, Rheinld.
- 363. Magistratsassessor (3600), bald, Brandenburg.
- 364. Bürgermeister (4500 M.), bald, Hannover.
- 365. Bürgermeister (3300 M.), 1. 4., Rheinld.
- 366. Bürgermeister (5000 M.), 1. 4., Westfalen.
- 367. Bürgermeister (4000 M.), 1. 4., Rheinld.

- 368. Juristischer Hilfsarbeiter (4000 M.), bald Rheinld.

B. Für Damen.

- 339. Erzieherin, (Latein) f. 2 Kind., Ostern, Pommern.
- 340. Erzieherin, ev., gepr., Ostern, Posen.
- 342. Lehrerin, ev., gepr., mus., Ostern, Sachsen.
- 343. Lehrerin, staatl. gepr., ev. (Latein), 1. 4., Schleien.
- 344. Lehrerin, staatl. gepr., ev., f. Knab., 15. 4., Altmark.
- 345. Erzieherin, gepr., staatl., 1. 4., Medl.-Schw.
- 346. Erzieherin, jung., gepr., ev., mus., Ostern, Pommern.
- 347. Erzieherin, ev., mus., gepr., Ostern, Mecklenburg.
- 349. Erzieherin, f. 3 Knab. (Engl. und Franz. perfekt), 15. 2., Hamburg.
- 350. Lehrerin, ev., 3 Kind., Ostern, Westfalen.
- 351. Erzieherin, ev., gepr., mus., f. 2 Mädch., Posen.
- 352. Erzieherin, jung., ev., gepr. (Latein), 1. 4., R.-L.
- 353. Erzieherin, ev., gepr. (Klavierunterricht), 1. 4., Pomm.
- 357. Erzieherin, gepr., mus., ev., f. 3 Kind., Ostern, Solstein.
- 358. Erzieherin, gepr., jung., ev., 1. 4., Niederlausitz.
- 359. Lehrerin, gepr. (Engl., Französi., Zeich., Malen) Ostern, Sachsen.
- 360. Oberlehrerin, (Mathem., Naturw.), 1. 4., Oberharg.
- 361. Lateinlehrerin f. 2 Kinder, ev., 1. 4., Oberlausitz.

Für vorstehende Inserate verantwortlich: Karl Schulze in Berlin-Schmargendorf.